

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,
Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang

Summary

Illegale Methoden?

Der IB-Skandal

Die Effektivität der Überwachu

zur Startseite

Die schwedische Geheimpolizei – das „Informationsbüro“ – die Kommunisten

Klas Åmark

Summary

The commissions on the surveillance and registration of Swedish communists by the military and police secret services have published their reports. Although clear-cut and realistic images of the communist enemy obviously have been lacking, there has been quite some activity by the security forces. Because of dubious suspicion, people engaging in leftwing political affairs – not necessarily sympathising with communism or the Sovjet Union – have been refused or lost their jobs. Both reports leave many questions open, and often they do not even ask the relevant ones. There is the need for another commission combining expertise on methods in historical research and leftwing politics in Sweden.

Dr. Klaus Åmark ist Professor für Geschichtswissenschaft an der Universität Stockholm.

1963 wurde der Luftwaffenoberst und ehemalige Militärattache an der Moskauer Botschaft Stig Wennerström wegen Spionage für die Sowjetunion verhaftet. Bald zeigte sich, daß Wennerström schon vor langer Zeit begonnen hatte, für die SU zu spionieren und daß die schwedische Sicherheitspolizei (*Säpö*) schon seit fünf Jahren Verdacht gegen ihn gehegt hatte. Dennoch dauerte es bis 1963, bis man meinte, genügend konkrete Beweise gegen ihn zu haben, um ihn verhaften zu können. Seine Enttarnung führte zu einer lebhaften Debatte über die Arbeitsweise der schwedischen Sicherheitspolizei und das Verhalten der Regierung. Es stellte sich heraus, daß der Regierungschef Tage Erlander nicht über die starken Verdachtsmomente, daß ein hochkarätiger sowjetischer Spion in Schweden operierte, informiert worden war. Vom Verfassungsausschuß des Reichstages wurde Außenminister Östen Undén kritisiert, weil er diese Vorgänge nicht unter Kontrolle gehabt hatte.

Im Zusammenhang mit der Enttarnung wurde bekannt, daß man in Schweden seit den 1940er Jahren eine umfassende Personenkontrolle durchgeführt hatte: Wer auch immer eine Anstellung in einem sicherheitsrelevanten Bereich suchte, wurde zunächst von der Sicherheitspolizei durchleuchtet. Für diesen Zweck hatte *Säpo* ein umfassendes Personenregister aufgestellt, in dem sich vor allem Kommunisten und deren Sympathisanten fanden. In der öffentlichen Debatte gegen Ende der 1960er Jahre wurde die Kritik an der Meinungschnüffelei immer umfassender und 1969 schließlich führte die Regierung neue Vorschriften für die Personenkontrolle ein, die u.a. untersagten, Personen nur aufgrund ihrer Ansichten zu erfassen. Jetzt mußte der Nachweis der aktiven Mitgliedschaft in einer rechts- oder

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,
Wirtschaft und Kultur
ISSN 1863639X
1/1999
9. Jahrgang (2. der N.F.)
Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

linksradikalen Organisation geführt werden.

1973 kam es dann zum nächsten großen Skandal. Zwei Journalisten, Jan Guillou und Peter Bratt, enttarnen in einer linksorientierten Zeitschrift, daß es in Schweden eine geheime Nachrichten- und Sicherheitsorganisation gab, genannt IB bzw. „*Inhämtning Birger*“ nach ihrem Chef, Birger Elmér. IB betrieb vor allem gegen den Ostblock gerichtete Spionage, obwohl die schwedische Regierung regelmäßig dementierte, daß man als neutraler Staat gegen andere Staaten gerichtete Spionage betreiben würde. IB aber tauschte regelmäßig Informationen mit seinen NATO-Kollegen aus. Es gab sogar eine enge Zusammenarbeit in militärischen Fragen auf der Ebene der Geheimdienste. Enthüllt wurden auch die Überwachungsmethoden, mit denen IB jenseits rechtsstaatlicher Prinzipien die schwedische Linke ins Visier nahm. So war u. a. ein IB-Agent in verschiedene Büros linker Organisationen eingebrochen und hatte deren Mitgliederlisten fotografiert. Die Empörung über diese Veröffentlichungen war groß, und schon bald wurden die beiden Journalisten und ihr IB-Informant wegen gesetzwidriger geheimdienstlicher Tätigkeiten zu einem Jahr Gefängnishaft verurteilt, während die IB-Agenten, die offensichtlich kriminelle Methoden angewandt hatten, ungeschoren davongingen.

Im Dezember 1997 jedoch beschloß die schwedische Regierung, dem Tischler Thorsten Leander Schadensersatz von fast 100.000 DM zukommen zu lassen. Der Grund für die Entschädigung ist in den 1970er Jahren zu suchen, als die schwedische Regierung ihn öffentlich zu einem ernststen Sicherheitsrisiko und einer Gefahr für das Land erklärt hatte, denn Leander war in den 1970er Jahren Mitglied der SKP (*Sveriges Kommunistiska Parti*), der maoistischen Partei, gewesen. Er hatte eine Anstellung als Tischler im Marinemuseum in Karlskrona, der größten schwedischen Flottenbasis, bekommen. Als sein Arbeitgeber entdeckte, daß Leander SKP-Mitglied war, wurde er entlassen. Leander protestierte gegen die Entlassung und verlangte, den Kündigungsgrund genannt zu bekommen – dies wurde ihm jedoch verweigert. Als Anwalt setzte sich für ihn der junge Jurist Dennis Töllberg ein, der 1986 seine Dissertation über die schwedische Personenkontrolle vorlegte. Leander verfolgte seine Angelegenheit bis zum Europäischen Gerichtshof und erhielt schließlich die Entschuldigung und Entschädigung der Regierung. In diesem Zusammenhang wurde auch die Personenakte Leander veröffentlicht, aus der hervorging, daß *Säpo* gegen das Verbot der Meinungsschnüffelei verstoßen und die Regierung vor dem Europäischen Gerichtshof gelogen hatte. Alle Reichstagsparteien (mit Ausnahme der Sozialdemokraten und *Moderata samlingspartiet*) forderten jetzt die Einsetzung einer „Wahrheitskommission“ nach dem Muster einer entsprechenden Kommission in Norwegen. Stattdessen stellte die sozialdemokratische Regierung fast 5 Mill. DM für ein historisches Forschungsprojekt über die Arbeit der schwedischen militärischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste zur Verfügung.

Die Wissenschaftswelt akzeptierte diese engen Grenzen der Regierung nicht. Als der *Humanistiskt-samhällsvetenskapliga forskningsrådet* (etwa vergleichbar der DFG) die Forschungsgelder verteilte, zeigte es sich, daß die Gelder Forschungsprogrammen zugute kommen, die die Untersuchung

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

der schwedischen Überwachungsarbeit in einer breiten Perspektive angehen wollen, einschließlich *Säpo*. Die Regierung hat nur in sehr allgemeinen Worten erklärt, daß die Forschung Zugang zu bisher unter Verschuß gehaltenen Akten bekommen wird. Bis heute sind allerdings keine Beschlüsse gefaßt worden, die eine breit angelegte und freie Erforschung der Personenkontrolle ermöglichen würden. Als der Reichstag im Januar 1999 eröffnet wurde, teilte der Regierungschef Göran Persson mit, daß ein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden sollte. Welche Aufgaben dieser bekommen sollte oder wer in ihm sitzen würde, erläuterte Persson jedoch nicht.

Aber ist nach Veröffentlichung der Berichte der Geheimdienstkommission (*Försvarets Underrättelsenämnd*) und der Registerkommission (*Registernämnden*) noch eine Wahrheitskommission vonnöten? Die Antwort ist ein unbedingtes Ja. Beide Kommissionen beantworten weder die Fragen derjenigen, die glauben, überwacht worden zu sein, noch derjenigen, die der Meinung sind, die Überwachung habe sich nicht an demokratische Spielregeln gehalten, oder sei auch nur hinreichend effektiv gewesen. Die Geheimdienstkommission hat die Möglichkeiten untersucht, die innenpolitischen Aktivitäten des militärischen Sicherheits- und Geheimdienstes zu erforschen, insbesondere das sogenannte „Informationsbüro“ (*Informationsbyrån*; IB) zwischen 1937 und 1981. Die Registerkommission hat alle Fälle aufgearbeitet, in denen man weiß oder Grund zu der Annahme hat, daß Angaben der Sicherheitspolizei *Säpo* dazu führten, daß überwachten Personen eine Anstellung verweigert wurde. Insgesamt 1.001 solcher Fälle hat man gefunden. Wir erhalten Auskunft über eine Vielzahl interessanter Sachverhalte zu militärischen und polizeilichen Vorgehensweisen, aber nur selten Antwort auf die wirklich brennenden Fragen.

Die Beantwortung der Frage, ob die Überwacher zu weit gegangen sind, setzt ein realistisches Bild darüber voraus, was Kommunisten überhaupt sind und machen. Im Hinblick auf die in großem Maßstab betriebene Überwachung, vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg, sollte man glauben, daß die Überwacher bestens über den schwedischen Kommunismus und alle seine Parteien, Fraktionen und Facetten hätten informiert sein sollen. Es ist bemerkenswert, daß dies nicht der Fall ist, daß es offensichtlich in der Staatskanzlei, bei der Geheimpolizei, beim „Informationsbüro“ und beim militärischen Geheimdienst an hinreichender Kompetenz mangelte. Auch die beiden oben genannten Kommissionen haben kein sonderlich realistisches Bild darüber, was der Kommunismus in Schweden bedeutet hat.

Das Feindbild ist an der kommunistischen Partei orientiert, die die SKP in der Zwischenkriegszeit gerne gewesen wäre – ohne aber diesem Ideal sonderlich nahe zu kommen. Die Parteien, die nach offenen und heimlichen Regierungsrichtlinien von 1972 und 1973 überwacht werden sollten, waren diejenigen, die die bewaffnete Revolution auf ihre Fahnen geschrieben hatten, und die verdächtigt werden konnten, mit fremden Mächten zu paktieren, die Schweden anfielen oder besetzten. Man scheint dabei vor Augen gehabt zu haben, wie die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg in den osteuropäischen Staaten die Macht an sich riß. Möglicherweise

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

dachte man auch an die sogenannte Terijoki-Regierung, eine finnische Marionettenregierung unter Otto Ville Kuusinen, die die Sowjetunion im Winterkrieg 1939/40 installierte. Die neuen Richtlinien gründeten auf keiner genauen Analyse der Linken in den siebziger Jahren und den Gefahren für die innere Sicherheit, die diese hätte ausmachen können. Statt dessen folgen die Formulierungen weitgehend der Verschärfung der Überwachungsbestimmungen, die Tage Erlander im Frühjahr 1945 angeregt hatte. Mit Blick auf die Lage der siebziger Jahre und später sind diese Regeln bemerkenswert anachronistisch.

Insbesondere war man über die roten Zellen besorgt. Das war ein Organisationsmodell der Komintern, dessen Übernahme durch die SKP bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren gescheitert war, und das auch die Linke der siebziger Jahre mit nur mäßigem Erfolg anzuwenden versuchte. Es ist offensichtlich, daß die rote Zelle auf dem Arbeitsplatz oder im Militärverband den Überwachern tatsächlich Angst einflößte.

Auch die Schulungsarbeit der Parteien wurde sehr ernst genommen. Von Anbeginn an fürchtete man die schwedischen Kommunisten, die in Moskau und Ostdeutschland geschult waren. Offensichtlich wurden sie als besonders hartnäckig und in Krisensituationen fremden Mächten gegenüber loyal beurteilt.

Auch der Spionage wurden die Kommunisten verdächtigt. Die Vorstellung, diese seien Sicherheitsrisiken, die von verteidigungsrelevanten Arbeitsplätzen ferngehalten werden müßten, war ja die eigentliche Grundlage für die Personalkontrolle, für die die Sicherheitspolizei ihre umfangreichen Register anlegte. Die Registerkommission ist der Meinung, daß es historische Belege für diesen Verdacht gäbe. Darüber hinaus erscheinen die Kommunisten als Saboteure. Aus der Untersuchung der Geheimdienstkommission geht hervor, daß die Militärführung insbesondere die Mitglieder der KPML-r (*Kommunistiska Partiet Marxist-Leninisterna – revolutionärererna*) der militärischen Sabotage verdächtigte. Im Archiv des Geheimdienstes gibt es sechs Bände über Sabotage – das ist eine Menge Papier.

Die Vorstellung, die die Überwacher von der kommunistischen Gefahr hatten, gründet auf einer Mischung aus historischen und internationalen Analogien und der Furcht, die man vor einem vagen und kaum definierten kommunistischen Gespenst empfindet. Hinter den ziemlich straffen Richtlinien zu den Organisationen, die den gewaltsamen Umsturz propagieren, schimmert ein weiteres Motiv auf: die Angst vor denjenigen, die die friedliche Ordnung in Schweden durch einen neuen und für schwedische Politik fremden Aktivismus stören, die ihre Zeitungen außerhalb der Schnapsläden verkaufen, die flammende Appelle halten, auf den Straßen der Stadt demonstrieren, wild streiken und auf vielerlei Weise gegen die Regeln des politischen Spiels verstoßen, wie sie in der repräsentativen Demokratie Vereinsschwedens herausgebildet worden sind.

Wie sah die Wirklichkeit aus? Entsprachen die Aktivitäten und das Denken der schwedischen Linken in den siebziger und achtziger Jahren den Feindbildern der Überwacher? Die Organisationen, die die Geheimpolizei in

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

den siebziger Jahren im Auftrag der Regierung überwachen sollte, waren eine bunte Mischung aus Anarchisten, Trotzisten, Maoisten und Mitgliedern der KPML-r. Eine Gemeinsamkeit hatten sie: Sie waren alle antisowjetisch. Vor allem die Maoisten gingen in ihrer Sowjetfeindlichkeit sehr weit, und investierten viel Energie, sich selbst und das schwedische Volk auf einen aktiven, bewaffneten Widerstand gegen eine sowjetische Besatzung vorzubereiten, die sie als wahrscheinlich ansahen. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß gerade diese Menschen verdächtigt wurden, der Sowjetunion im Falle einer Besatzung Beistand leisten zu wollen, und daß ihnen beispielsweise aus diesem Grunde nach geleistetem Wehrdienst häufig kein Einsatzort für den Kriegsfall zugewiesen wurde.

Der Auftrag der Regierung, diejenigen Organisationen zu überwachen, von denen Unterstützung einer Besatzungsmacht erwartet werden könnte, wurde nach gegenwärtigem Wissensstand nur in einem einzigen Fall erfüllt: Die KPML-r orientierte sich Ende der siebziger Jahre in der Tat immer deutlicher an der Sowjetunion. Insgesamt aber war das Feindbild, von dem die Regierung ausging, problematisch. Die Linke, die seit Beginn der siebziger Jahre überwacht werden sollte, hatte in Wirklichkeit keinerlei Veranlassung zur Loyalität gegenüber einer sowjetischen Besatzungsmacht. Viele ihrer Mitglieder hatten ganz im Gegenteil besonders berechtigte Gründe, in einer solchen Situation um ihre eigene Freiheit und ihr eigenes Leben zu bangen. Die wirklichen Anhänger der Sowjetunion waren vor allem in den Organisationen vertreten, die keinen bewaffneten Kampf propagierten, etwa in der VPK (*Vänsterpartiet Kommunisterna*), und seit 1977 in der APK (*Arbetarpartiet Kommunisterna*). Keine dieser beiden Organisationen war nach den Regierungsrichtlinien von der Geheimpolizei zu überwachen. Wer jedoch auf Parteischulung in der Sowjetunion oder in der DDR gewesen war, sollte überwacht werden. Dies aber nicht deshalb, weil er einer revolutionären Organisation angehörte, sondern weil davon ausgegangen wurde, daß er besondere Verbindungen mit fremden Mächten pflege.

Die ostdeutschen Stasi-Archive sind der wissenschaftlichen Forschung bereits einige Zeit zugänglich. Anders als die Registerkommission glaubt, war es keineswegs die Politik der Stasi, Kommunisten als Spione und Agenten anzuwerben. Man scheute den Skandal, daß ein Kommunist als Spion enttarnt würde. Außerdem wurden Kommunisten, wie allgemein bekannt war, intensiv überwacht. Es war auch eher die Ausnahme, daß sie über Kenntnisse verfügten, an denen der Ostblock ein geheimdienstliches Interesse hatte. Es findet sich in keinen der beiden Berichte ein konkretes Beispiel dafür, daß begeisterte Kommunisten als Spione enttarnt worden wären.

Die bewaffnete Revolution tauchte in den siebziger Jahren zwar wieder in den Parteiprogrammen der Linken auf. Hat die intensive Überwachung des Militärs und der Polizei aber zu Anklagen und Verurteilungen geführt, daß Mitglieder der Linken wirklich im Innern Gewalt angewandt oder sich aktiv auf die Ausübung von Gewalt vorbereitet hätten? Weder die Geheimdienst- noch die Registerkommission führt dafür ein einziges konkretes Beispiel an. Es stellt sich die Frage, ob die revolutionäre Rhetorik der K-Gruppen nicht im Grunde nur billige Kraftmeierei war. Es paßt ins Bild, daß sich die

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

K-Gruppen von der VPK dadurch zu distanzieren versuchten, daß sie sich selbst als die reinen und „echten“ revolutionären Parteien darstellten. Es gab auch einen Wettbewerb untereinander, wer der Revolutionärste im Lande sei. Das „r“ in KPML-r steht für revolutionär und richtete sich gegen den Rechtstrend in der KFML/SKP (*Kommunistiska Förbundet marxist-leninisterna*, später *Sveriges kommunistiska parti*, nicht mit dem VPK-Vorläufer SKP zu verwechseln).

Schließlich wurde das Eintreten für eine bewaffnete Revolution im Laufe der siebziger Jahre modifiziert und präzisiert. Gewöhnlich sprach die Linke davon, die kommunistische Partei müsse sich darauf vorbereiten, eine erfolgreiche Revolution mit Waffengewalt gegen Angriffen seitens der Armee und bürgerlicher Gesellschaftskreise zu verteidigen, von denen man annahm, sie hätten zuerst zu Gewalt gegriffen. Der Erwartungshorizont wurde von den Attacken General Pinochets auf Salvador Allendes sozialistische Regierung in Chile im Jahre 1973 bestimmt. Da die Linke in den siebziger Jahren weit von einer Machtübernahme entfernt war, war die Waffengewalt im Grunde eine ferne Zukunftsvision.

Tatsächlich gab es in den siebziger Jahren „geheime Zellen“. Mitgliedschaften wurden teilweise geheim gehalten, in erster Linie, um sich gegen die Überwachung von Geheimpolizei und IB zu schützen. Der IB-Skandal führte dazu, daß insbesondere die maoistische Bewegung eine sogenannte Sicherheitspolitik entwickelte, um sich gegen Einblicknahme und Registrierung zu wappnen. Die Überwachung trug also dazu bei, die Gefahr, die man unterstellte, zu schaffen. Offensichtlich war sie in dieser Hinsicht kontraproduktiv.

Die Vorstellung, Parteischulung schaffe besonders ergebene und rücksichtslose Kommunisten, ist lächerlich, wo sie von den Überwachern plump auf die neue Linke übertragen wurde, die gar nicht über eine ideologische „Heimat“ verfügte, in die sie ihre Mitglieder zur Fortbildung hätte schicken können. Tatsächlich wurde aber in Grundkursen, gewerkschaftlichen Kreisen usw. viel Studienarbeit betrieben. Diese Schulung hatte gewöhnlich einen völlig anderen Charakter als die langen Weiterbildungsveranstaltungen, auf die die SKP und spätere VPK einige Mitglieder in den Ostblock geschickt hatte. Viele Teilnehmer der Studienkreise waren in Wirklichkeit Personen, die sich allgemein für die politische Linke interessierten, ohne aber eine Mitgliedschaft anzustreben. Dennoch nahmen die Überwacher diese Bildungsarbeit sehr ernst. Sie kamen sogar zu der Schlußfolgerung, *alle* Mitglieder der KPML-r seien besonders gefährlich, da die Mitgliedschaft in der Partei den Besuch eines Einführungsseminars voraussetzte. Vermutlich beruhte dies auf einer Fehleinschätzung: Die Aufnahmebedingungen dürften in allen K-Gruppen ähnlich gewesen sein, so daß es für die Sonderbehandlung der KPML-r keine Verankerung in den Richtlinien gab.

Kommunistische Parteien haben in Schweden immer unter dem Problem ihrer geringen Größe gelitten. Sie erheben Anspruch, die „wahren“ Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und die angesprochene Arbeiterklasse nimmt deutlich Abstand vom Kommunismus. Unter dieser Bedingung kann man seine Existenz dadurch legitimieren, daß man

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

beispielsweise die wahre Ideologie vertritt und für die Zukunft bewahrt. Oder man kann sich mit dem Hinweis rechtfertigen, daß man Teil einer internationalen Bewegung sei, die zwar noch nicht in Schweden, aber andernorts stark sei. Dieses internationale Engagement fordert den schwedischen Kommunisten einiges ab, was bizarr oder abstoßend wirken kann, etwa die Grußbotschaften und Sonntagsreden, die schwedische Kommunisten an ausländische Schwesterparteien schicken oder zu besonderen „Feiertagen“ der Bewegung halten. Die Botschaft lautet eigentlich: „Schaut her, wir sind auch dabei“. Tatsächlich fördert dies aber die Entfremdung im politischen Milieu Schwedens und das Wachsen des Abstands zwischen den Kommunisten und der Arbeiterklasse. Es ist fraglich, ob man den symbolischen Inhalt dieser Äußerungen richtig versteht, wenn man sie buchstäblich liest. Genau das aber scheinen die schwedischen Überwacher getan zu haben. Sie bekamen damit Wasser auf ihre Mühle bei der Beurteilung von Kommunisten als potentiellen Landesverrätern und Spionen.

Eine Aufgabe der Registerkommission war es, zu entscheiden, ob es mehrere sogenannte Leander-Fälle gäbe. Diese Frage ist im Hinblick darauf, daß er von der Regierung 400.000 SEK Entschädigung erhielt, von großem Interesse für die Registrierten. Bei der Beantwortung dieser Frage hat die Registerkommission völlig versagt. Der Inhalt der erhalten gebliebenen, aber häufig ausgelichteten *Säpo-Akten* reiche nicht für Schlußfolgerungen aus, meint die Kommission, die sich außerdem berechtigterweise nicht für kompetent hält, die sachliche Richtigkeit des kommunistischen Feindbilds der Überwacher zu beurteilen. Es stellt sich aber die Frage, ob es wirklich am Material oder nicht möglicherweise an Zivilcourage und an Entscheidungsfähigkeit gemangelt hat.

Es sollte auch festgehalten werden, daß die Kommission nur eine begrenzte Anzahl von Fällen aus dem Säpo-Register untersucht hat. Es ging um die Personalkontrolle und es wurde nach Fällen gesucht, in denen Arbeitnehmer aufgrund von Auskünften der Geheimpolizei nicht angestellt oder entlassen wurden. Die Kommission stellt fest, es gäbe einige Fälle, die nicht hätten registriert werden sollen. Sie liefert aber nur einzelne Beispiele für das, was man eine reine Meinungsregistrierung nennen könnte, etwa den eines vermeintlichen Mitglieds der KPML-r, der bei der Buchhandlung *Röda Stjärnan* (Roter Stern) Bücher bestellt hatte. Andere Akten über registrierte Personen wurden nicht eingesehen. Die Geheimpolizei kann also eine Registrierung von Meinungen betrieben haben, wenn sie derartige Angaben bei Personalkontrollen nicht weitergab. Es gibt in Wirklichkeit immer noch vieles, was wir nicht wissen: wer registriert wurde und wie die Angaben dann verwendet wurden.

Daß die Überwacher große Angst vor dem Kommunismus hatten ist offensichtlich, bisweilen überdeutlich. Die übertriebensten Vorstellungen über die Gefährlichkeit und Vielfältigkeit der Kommunisten gehören jedoch in den Zeitraum von den dreißiger Jahren bis Ende der sechziger Jahre. Im Bericht der Geheimdienstkommission wird beispielsweise beiläufig erwähnt, es habe im Jahre 1944 rund 58.000 registrierte Kommunisten gegeben. Die wirkliche Mitgliederzahl der damaligen SKP dürfte zu dieser Zeit in etwa die Hälfte betragen haben. Eine umfassende Registrierung politischer

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

Meinungen durch die Geheimpolizei und IB wurde anscheinend mit der Debatte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gestoppt. Die Größenordnung registrierter Personen, die die Registerkommission nennt, bedeutet keine umfassende Registrierung von Meinungen mehr. Im Jahre 1972 soll die Geheimpolizei etwa 2.300 Personen in ihren Registern geführt haben, von denen zwei Drittel als aktive Mitglieder eingeschätzt wurden – der Rest hätte also nicht verzeichnet sein dürfen. In einer besonderen Anlage erhalten wir eine Statistik über die Anzahl der Registrierten in den überwachten Organisationen in den Jahren 1980 bis 1998.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre wurden knapp 4.000 Angehörige linksgerichteter Organisationen in den Registern geführt, danach sank die Zahl bis auf etwa 2.000 im Jahre 1998. Beim Überblick über die 1.001 Fälle, die die Registerkommission besonders untersucht hat, wird festgestellt, etwa neunzig Prozent davon entsprächen den Kriterien der Richtlinien zu „führenden“ Mitgliedern. Wenn man bedenkt, daß die Linke in den siebziger Jahren an alle Mitglieder den Anspruch richtete, aktiv zu sein, werden im Verständnis der Geheimpolizei leicht die meisten von ihnen führend. So scheint die Zahl der Registrierten in der jeweiligen Organisation etwas unter der wirklichen Mitgliederzahl gelegen zu haben. Innerhalb dieses quantitativen Rahmens besteht kein Raum für eine umfassende Meinungsregistrierung von Personen, die an den Aktionen der Organisationen nicht aktiv teilnahmen. Da die Registrierung nicht immer sonderlich effektiv war, wurden sicher einige Personen aufgeführt, ohne daß sie den Richtlinien entsprochen hätten, insbesondere bei Verbindung zur KPML-r. Aus der Darstellung der Registerkommission geht hervor, daß die Geheimpolizei die Richtlinien der Regierung ziemlich frei auslegte, und daß es deshalb offenbar sowohl Personen gab, die überhaupt nicht hätten registriert werden dürfen, als auch Fälle, wie der von Leander, in denen die Geheimpolizei keine Auskünfte bei der Personalkontrolle hätte geben dürfen. Unter den 1.001 Fällen dürften sich hundert oder mehrere hundert Personen befinden, denen Arbeitsplätze oder Vergleichbares auf schwacher Rechtsgrundlage verweigert wurde und die deshalb Anspruch auf Entschädigung haben dürften.

Auch andere statistische Angaben stimmen nachdenklich. Ein Beispiel ist die vormals maoistische *Sveriges Kommunistiska Parti*, die im Jahre 1986 zur *Solidaritetsparti* umgemodelt wurde. Letztere Partei stand nicht auf der Liste der Regierung und sollte deshalb nicht von der Geheimpolizei überwacht werden. Zwei Jahre später wurden die weiterbestehenden SKP, *Röd Ungdom* (Rote Jugend) und *Clarté* von der Überwachungsliste genommen. Aber 1990 gab es immer noch 819 Personen, die aufgrund ihrer Mitgliedschaft in diesen Organisationen registriert waren, und im Jahre 1998 waren es noch 174 Personen. Dabei war es keineswegs ungefährlich, weiter aufgeführt zu sein. Im vergangenen Frühjahr kam ans Licht, daß einem ehemaligen Parteisekretär der SKP, der die Partei im Jahre 1981 verlassen hatte, auf Initiative der Geheimpolizei noch im Jahre 1990 seine Stelle in der Industrie gekündigt worden war. Das erscheint als eine absurde Auslegung der Richtlinien und ein Fall zu sein, in dem Anspruch auf Schadenersatz bestehen dürfte und der einen Kommentar der Registerkommission wert gewesen wäre.

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

Hätte die Geheimpolizei nicht alle Mitglieder von Organisationen, die von der Überwachungsliste der Regierung gestrichen wurden, aus ihren Registern streichen oder zumindest damit aufhören müssen, Angaben über sie weiterzuleiten? Dieser Fall macht deutlich, daß viele, die ihre Organisation seit langem verlassen haben, dennoch in der Zahl der registrierten Personen enthalten sind.

Ein weiterer Punkt sei genannt: Die veröffentlichte Statistik enthält keine Angaben über VPK-Mitglieder, die aufgrund ihrer Parteischulung im Ostblock überwacht wurden. Diese Überwachung wird von der Registerkommission überhaupt nur am Rande erwähnt, obwohl gerade sie besonders heikel war und zumindest mit Inkrafttreten der neuen Geheimrichtlinien der Regierung nach 1973 ganz hätte aufhören sollen.

Man kann auch feststellen, daß die Registrierung von Mitgliedern linker Organisationen in ziemlich großem Maßstab betrieben wurde – immerhin handelt es sich um einige tausend Personen – während die Registrierung von Rechtsextremisten sehr bescheiden war. Sie umfaßte einige oder einige Dutzend Mitglieder in jeder überwachten Organisation, insgesamt einige hundert Personen. Warum dieser große Unterschied in der Behandlung von Rechts und Links?

Auch wenn die Geheimpolizei die Regierungsrichtlinien ziemlich frei auslegte und deshalb in einigen Fällen der Personalkontrolle zweifelhaft oder direkt falsch agierte, stellt sich die Frage, ob nicht die Regierungsrichtlinien in Wirklichkeit das größere Problem waren. Haben nicht sie die Mitglieder in linken Organisationen auf sachlich unhaltbarer Grundlage verdächtigt und damit ihre bürgerlichen und verfassungsmäßigen Rechte verletzt? Wenn man bei näherer Prüfung zu dem Ergebnis gelangen sollte, daß dies der Fall war, so haben wir es mit einer bedeutend größeren Zahl an Entschädigungsfallen zu tun. Hier wäre auch festzuhalten, daß wir nicht wissen, ob das Militär über die von der Registerkommission untersuchte Personalkontrolle hinaus eingegriffen und Personen versetzt oder gekündigt hat. Es wird auch ganz am Rande erwähnt, daß die Wirtschaft eine eigene, effektive Überwachung der Linken vornahm, ohne eigentliche Information, wie diese organisiert war oder ob auch ohne den Umweg über die Geheimpolizei und die Personalkontrolle Maßnahmen gegen Einzelne ergriffen wurden. Möglicherweise ist dies der Grund, warum sich die schwedischen Konservativen (*Moderaterna*) so stur geweigert haben, die Forderung nach einer Wahrheitskommission zu unterstützen.

Illegale Methoden?

Die Registerkommission erörtert nicht die Methoden, die die Geheimpolizei und IB bei ihrer Überwachung verwandten, obwohl die Methodenfrage zu den umstrittenen gehört. Alle Kommunisten zu registrieren, die auf den Wahlzetteln der überwachten Organisationen stehen, ist möglicherweise nicht besonders schlau, kränkte aber nicht die Integrität. Die Linke dürfte sich im übrigen im Klaren darüber gewesen sein, und deshalb einige wichtige Mitglieder von Wahlzetteln und anderen öffentlichen Dokumenten, die besonders überwacht wurden, ferngehalten haben. Die geheimpolizeilichen Kriterien für „führende Personen“ dürften deshalb einen

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

Teil derjenigen, die wirklich hätten überwacht werden sollen, verfehlt haben. Dagegen ist es auffällig, daß keiner der Untersuchungsberichte ein Wort über das Material verliert, dessen Produktion die Überwachten am stärksten störte, nämlich Fotos von Demonstranten. Das den Demonstranten wohlvertraute Fotografieren hat stark zu dem Gefühl der Linken beigetragen, einer umfassenden Meinungsregistrierung zu unterliegen. Und es stellt sich die Frage, ob es wirklich angemessen oder wünschenswert ist, daß die Geheimpolizei (und militärische Geheimdienste) Bürger bei der Wahrnehmung ihrer verfassungsmäßigen politischen Rechte fotografieren.

Zu den umstrittenen Methoden gehört das Telefonabhören. Daß die Geheimpolizei das Telefon in der Parteizentrale abhört, ist vielleicht nicht so erstaunlich. Vielleicht ist es auch nicht so effektiv, da die Benutzer des Telefons normalerweise davon ausgingen, daß sie abgehört wurden. Aber viele Linksaktivisten glaubten auch, daß ihre Telefone zuhause abgehört würden. Falls dies der Fall war, war das natürlich sehr viel integritätskränkender und zweifelhafter. Man fragt sich, wie es um das Bankgeheimnis stand: Hat die Geheimpolizei von der Post Auskunft erhalten, wer linke Zeitungen abonnierte oder auf ihre Aktionen hin spendete? Auch eine derartige Weitergabe von Informationen dürften viele als besonders umstritten ansehen.

Daß IB auch Agenten und Provokateure einsetzte, die Mitglieder von K-Gruppen waren und in deren Räumlichkeiten eindringen und Namenslisten von Organisationen fotografierten, zu deren Überwachung die Geheimpolizei keinen Auftrag hatte, ist möglicherweise nicht nur umstritten, sondern völlig ungesetzlich. Zumindest ein Teil des Materials, das der von den beiden Journalisten Peter Bratt und Jan Guillou enttarnte Gunnar Ekberg besorgte, ist offensichtlich immer noch beim militärischen Geheimdienst archiviert. Der Bericht der Geheimdienstkommission deutet an, daß es mehrere Agenten gab, aber daß diese Methode eher ungewöhnlich war. Man wundert sich, wie der militärische Geheimdienst Gedächtnisnotizen vom Sommerlager der VPK von 1980 erhalten haben mag. Die Frage, ob die Überwacher unangemessene und/oder direkt ungesetzliche Methoden verwendeten, bleibt noch zu untersuchen. Sie ist eine der wichtigen Fragen, die beantwortet werden muß, bevor wir darüber urteilen können, ob die Überwachung die demokratischen Rechte der Bürger systematisch verletzt hat.

Wenn man beide Untersuchungsberichte vergleicht, fällt auf, daß Polizei und Militär nach 1969 unterschiedliche Organisationen überwachten. Die Geheimpolizei hatte einigermaßen klare Richtlinien von der Regierung, welche Organisationen überwacht werden sollten. Die revolutionäre Gefahr sowohl von Rechts als auch von Links sollte beobachtet werden. Die auf der Liste der Regierung aufgeführten Organisationen erfüllten das entscheidende Kriterium, daß sie die bewaffnete Revolution auf dem Programm hatten. Weder die VPK noch die APK tauchten deshalb auf. IB und der militärische Geheimdienst waren demgegenüber auf der Suche nach militärischen Sicherheitsrisiken und Spionen. Im Archiv des Geheimdienstes findet sich deshalb beispielsweise Material über die VPK aus den siebziger Jahren, über FNL-Gruppen und das Palästina-Komitee, aber auch über verschiedene Freundschaftsvereinigungen, wie den

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

Schwedisch-Chinesischen Freundschaftsverein und baltische Exilorganisationen, mit denen sich die Geheimpolizei absolut nicht befassen sollte. Die Frage, die sich hier stellt, ist die, ob es eine Arbeitsverteilung zwischen der Geheimpolizei und dem Militär gab, so daß das Militär die Organisationen beobachtete, die die Geheimpolizei nicht überwachen durfte. Das könnte die Erklärung dafür sein, daß das Bild, das sich die Linke von Überwachung macht, der sie unterlag, nicht mit dem Bild übereinstimmt, das jetzt von der Registerkommission präsentiert wird.

Der IB-Skandal

Es ist in Schweden zumindest in Umrissen bekannt, daß IB gleichbedeutend mit einem Skandal ist. Was war das für ein Skandal? Diese Frage kommt einem unweigerlich in den Sinn, wenn man den von der Geheimdienstkommission veröffentlichten „Rechenschaftsbericht zu bestimmten Angaben über den militärischen Nachrichten- und Geheimdienst“ liest. Dieser Bericht behandelt einen völlig anderen Zeitabschnitt als den der Registerkommission, nämlich die Jahre 1937 bis 1981.

Der Vorsitzende der Kommission, der konservative *Riksdags*-Abgeordnete Anders Björk, hat sich in großen Worten über deren Auftrag ausgelassen. Er scheint die Auffassung vertreten zu haben, es bedürfe keiner sogenannten Wahrheitskommission, da seine Kommission die wichtigen Probleme für uns lösen werde. Inzwischen ist der Bericht erschienen, und es läßt sich feststellen, daß dem nicht so ist. Es handelt sich um einen ziemlich kurzen und oberflächlichen Bericht, in dem geheime Teile zudem nur in Zusammenfassung dargestellt werden. Der Bericht folgt peinlich dem Regierungsauftrag, hat aber gerade deshalb wenig zu den Fragen zu sagen, die einst zum IB-Skandal und den Problemen führten, die heute die Forderung nach einer Wahrheitskommission laut werden lassen.

Worin bestand der Skandal, als die beiden Journalisten Jan Guillou und Peter Bratt im Jahre 1973 in der Zeitschrift *Folket i Bild/Kulturfront* die Existenz von IB aufdeckten? Damals war faktisch am wichtigsten, daß erstmals aufgezeigt wurde, daß Schweden Spionage in anderen Ländern betrieb. Die Regierung und Ministerpräsident Tage Erlander pflegten zu leugnen, daß das neutrale Schweden andere ausspionierte. Spionage erschien irgendwie schmutzig, und außerdem wurde es offensichtlich als nicht richtig vereinbar mit der Neutralität erachtet, daß Schweden Spionage im Ostblock betrieb. Guillou und Bratt behaupteten nun, die Spionage werde in enger Zusammenarbeit mit den Westmächten betrieben, und daraus folgte, daß Schweden engere Verbindungen mit der NATO pflegte, als die Regierung offiziell einzuräumte.

In jüngerer Zeit hat sich auf anderen Gebieten der Verteidigung und der Außenpolitik außerdem gezeigt, daß sowohl die Regierung selbst als auch führende Staatsbeamte ohne Kenntnis der Regierung ziemlich intim mit der NATO zusammenarbeiteten. Für die Russen und andere Ostblockländer war das wohl kaum ein Geheimnis. Sie entfalteten eine intensive Geheimdiensttätigkeit in Schweden; nicht zuletzt der bekannte Spion Stig Wennerström reichte viele Informationen an Moskau weiter. Die Geheimniskrämerei richtete sich also in erster Linie gegen das schwedische

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

Volk und nicht gegen fremde Mächte. Die NATO-Länder wußten natürlich über Schweden Bescheid und die Ostblockstaaten mit ziemlicher Sicherheit ebenso. Aber das schwedische Volk sollte von nichts wissen.

Hier besteht offensichtlich ein wichtiges demokratisches Problem. Die Regierung und führende Beamte behaupten gegenüber den Bürgern, Schweden sei neutral, verhalten sich hinter den Kulissen aber beinahe so als ob Schweden ein NATO-Mitglied wäre. Damit erhöhte sich natürlich das Risiko eines Angriffs der Sowjetunion oder des Warschauer Pakts auf Schweden. Das aber durften die Bürger nicht wissen, und deshalb hatten sie beispielsweise auch keine Möglichkeit, in allgemeinen Wahlen Parteien zu wählen, die eine striktere Neutralität vertraten. Zu diesem wichtigen demokratischen Problem hat die Geheimdienstkommission nichts zu sagen.

Es zeigte sich, daß IB auch mit rein innenpolitischen Aufgaben befaßt war. Man überwachte insbesondere die politische Linke und Personen mit entsprechenden Ansichten. IB wurde vermutlich 1957 auf amerikanischen Druck geschaffen als ein militärisches Überwachungsorgan für Sicherheitsrisiken, die in Zusammenhang mit einem weit gefaßten Begriff schwedischer Verteidigung und Verteidigungsindustrie gesehen wurden. Ist es demokratisch, auf Aufforderung einer ausländischen Macht auf gewöhnliche Bürger und deren rein zivile politische Arbeit militärische Organe anzusetzen, auch wenn dies die Verteidigung nicht direkt betrifft? Besonders pikant ist, daß die Überwachung in enger Zusammenarbeit mit Repräsentanten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft betrieben wurde. Die Grenzziehung zwischen polizeilicher und militärischer Tätigkeit sollte in einer Demokratie von Bedeutung sein, die Vorstellung, daß militärische Organe in das politische Leben eingreifen, sollte zumindest einigen von uns unangenehm sein – nicht aber der Geheimdienstkommission. Sie schreibt: „Im Hinblick auf den historischen Zusammenhang sehen wir keine Veranlassung, Kritik am Zustandekommen dieser Aktivitäten oder daran zu üben, daß sie als Maßnahme der Verteidigung der demokratischen Gesellschaft als notwendig erachtet wurden.“ Zwar wird dann eingeräumt, daß es durchaus Mängel gegeben habe, aber da die Kommission nicht den Auftrag gehabt hätte, diese zu untersuchen, wird dies nicht weiter ausgeführt. Man kann sich nur an die Stirn greifen, wenn Anders Björk wirklich glaubt, dieser Bericht mache eine Wahrheitskommission überflüssig.

Welchem Zweck diene dann IB? Die Geheimdienstkommission berichtet, mehrere Befragte hätten auf die Lage in den fünfziger Jahren verwiesen, auf den kalten Krieg, von dem sie befürchten, daß er in den heutigen Debatten nicht mehr erinnert werde, und an die Gefahr, die die Sowjetunion damals für Schweden bedeutete. Kommunisten seien für gute Demokraten potentielle Landesverräter und Spione gewesen. Bei einem Angriff der Sowjetunion auf Schweden habe man damit gerechnet, daß die Kommunisten sich auf deren Seite schlagen würden und bereit wären, an einem kommunistischen Quisling-Regime teilzunehmen.

Die Frage, ob die Kommunisten wirklich vorhatten, im Kriegsfall mit der Sowjetunion Landesverrat zu betreiben, ist schwer, beinahe unmöglich zu beantworten. Für die neue Linke, die seit Ende der sechziger Jahre in

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

Erscheinung trat, war diese Art Loyalität gegenüber der Sowjetunion kaum aktuell. Die Geheimdienstkommission hat es nicht für notwendig erachtet, das über die SKP und spätere VPK gesammelte Material durchzugehen, um zu überprüfen, ob dieser Verdacht für die wichtigste Organisation der Sowjetsympathisanten gestützt werden kann. Einem großen Teil der Überwachung lag die Auffassung zugrunde, Kommunisten seien Spione. Abgesehen von dem merkwürdigen Fall des Eisenbahnangestellten Fritjof Enbom Anfang der 1950er Jahre scheinen nicht viele konkrete Beweise dafür vorzuliegen, daß Kommunisten wirklich Spione waren. In Anbetracht der anhaltenden und umfassenden Überwachung von Kommunisten und anderen Linken, der gerade dieses Hauptmotiv zugrunde lag, stimmt das nachdenklich. Wenn sich Kommunisten tatsächlich häufig als Spione betätigt hätten, dann könnte man einige große Fälle erwarten, in denen führende Kommunisten wegen Spionage angeklagt und verurteilt worden wären. Könnte, wenn es diese nicht gibt, die Grundannahme falsch sein – vielleicht ist sie einfach nicht realistisch? Zum Spionieren braucht man sowohl ein Motiv als auch Zugang zu Information, die für die ausländische Macht von Interesse ist. Vielleicht hakt es genau daran, daß Kommunisten normalerweise einfach keinen Zugang zu wertvollen Informationen haben.

Vertrauenswürdige Militärs und Diplomaten, die über guten Zugang zu geheimen Informationen verfügen, erscheinen als Spione für den Ostblock sehr viel attraktiver als noch so ideologisch überzeugte Kommunisten. Besonders viele solcher Fälle sind ebenfalls nicht bekannt. Der Fall des Oberst Wennerström ist natürlich das Paradebeispiel, das auch gut zeigt, welcher Agententyp für Moskau am nützlichsten gewesen sein mag. Es stellt sich die Frage, ob der Kampf gegen Spionage nicht effektiver gewesen wäre, wenn man mehr Aufmerksamkeit auf diejenigen verwendet hätte, die etwas zu verraten hatten als diejenigen, die zwar ideologische Motive gehabt haben könnten, aber über wenig Wissen verfügten. Die Geheimdienstkommission stellt nicht diese Frage, ob es überhaupt Spione gab, die Kommunisten waren. Man übernimmt das gängige Klischee ohne empirische Untersuchung.

Falls die Absicht bestanden hat, die Effektivität der Überwachung zu untersuchen, dann sollte man die Frage erwarten, wieviele Kommunisten wirklich für die Verbrechen angeklagt und verurteilt wurden, für die sie verdächtig waren, insbesondere Spionage, Sabotage und die Ausübung von Gewalt. Diese Aufgabe hat sich keine der beiden Kommissionen gestellt, eine sichere Antwort gibt es also nicht. Aber das, was wir erfahren, deutet darauf hin, daß das Resultat diesbezüglich äußerst mager war. Die Überwacher sehen das vielleicht darin begründet, daß die Kommunisten durch eine effektive Überwachung von heiklen Posten ferngehalten wurden. Möglicherweise war dem so, vielleicht war es aber auch so, daß sich die Linke nur selten im verdächtigten Sinne betätigte.

Zu den umstrittenen Fragen zu IB gehört dessen Beziehung zur Sozialdemokratischen Partei (*Socialdemokratiska arbetarepartiet*, SAP). In ihrem 1990 erschienenen Buch „Die Kommunistenjäger“ (*Kommunistjägarna*) betonen die Journalisten Thomas Kanger und Jonas Gummesson sehr stark die Verbindung von IB und SAP. In einem Gespräch mit der Geheimdienstkommission bezeichnet der ehemalige Außenminister

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachung****zur Startseite**

Sten Andersson dieses Buch als „unwissend und ausschmückend und deshalb wertlos“.

Das Buch von Kanger und Gummesson besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil wird eine ordentlich belegte Untersuchung der umfassenden Mobilisierung vorgelegt, die die SAP in den Jahren 1945 bis 1955 gegen Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung vornahm. Die Darstellung beruht auf internem Parteimaterial der SAP. Im Anschluß daran gehen die Autoren zu IB über und behaupten, diese Organisation hätte den Kampf der Partei gegen die Kommunisten weitergeführt und diesen in intimer Zusammenarbeit mit den vielen Arbeitsplatzbeauftragten betrieben, die in der ersten Periode eingesetzt worden waren.

Die Angaben der Gesprächspartner der Geheimdienstkommission sind häufig bemerkenswert vage. Angeblich haben hundert, oder auch sieben- bis achthundert der insgesamt etwa 20.000 Arbeitsplatzbeauftragten der SAP Meldung an IB erstattet. Das würde der Auffassung entsprechen, daß die wesentliche innenpolitische Aufgabe der militärischen Organisation IB die Überwachung verteidigungsrelevanter Sicherheitsrisiken von Links war, einschließlich eines weit gefaßten Begriffs der Verteidigungsindustrie und strategisch bedeutsamer Orte. Es ist unwahrscheinlich, daß eine derartige Organisation Informationen zu und Überwachung von Kommunisten am Arbeitsplatz besser als die Parteiorganisation selbst handhaben könnte. Es scheint, als irrten sich Kanger und Gummesson in dieser wichtigen Frage. Allerdings läßt die Untersuchung der Geheimdienstkommission zum Zusammenspiel von SAP und IB vieles zu wünschen übrig.

Die Effektivität der Überwachung

Die Überwachung der Linken war kaum effektiv. Daß viele auf schwacher Grundlage überwacht wurden, ist keine Garantie dafür, daß auch die richtigen Personen aus den richtigen Motiven überwacht wurden. Die Registerkommission behandelt kaum die Verbindungen ins Ausland. Wie erwähnt, war die VPK zwar nicht auf der Liste der Regierung über revolutionäre Organisationen verzeichnet, einzelne Mitglieder, die auf Parteischulung in Moskau oder in der DDR gewesen waren, wurden aber aufgrund ihrer Beziehungen zu fremden Mächten überwacht. Aufgrund ihrer Schulung wurden sie als besonders loyal gegenüber dem Ostblock eingeschätzt. Andere Loyalitätsbände werden aber nicht erwähnt. Es ist beispielsweise wohlbekannt, daß die Sowjetunion loyale Parteien in Schweden seit langer Zeit wirtschaftlich unterstützt hat. Wir können die Bedeutung dieser Beiträge gegenwärtig noch nicht abschätzen. Es erscheint aber als eine wahrscheinliche Annahme, daß ein Sowjetkurs in der schwedischen Politik dazu führte, daß sich einige Linke von der Partei distanzieren und daß dieser Verlust an Mitgliedern und Mitgliedsbeiträgen teilweise durch sowjetisches Geld ausgeglichen wurde.

Ein wichtiger Identitätsbestandteil kommunistischer Parteien ist ihre enge Beziehung zu einer weltweiten Bewegung. Einige Führungsmitglieder hielten die Kontakte aufrecht, führen zu den Kongressen der Schwesterparteien und unterhielten enge Verbindungen mit deren Parteispitzen. Es ist diese Gruppe – eher als die der Teilnehmer an Parteischulungen – von der wir annehmen können, daß sie ein allzu offenes

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

Ohr für die Ratschläge und Anweisungen Außenstehender zu der Frage hatte, was in der schwedischen Politik zu geschehen habe. Die sicherheitspolitischen Aspekte dürften dabei übertrieben worden sein – es handelt sich ja vor allem um Trotzlisten und Maoisten, die keine Veranlassung hatten, die Besatzungsmacht zu unterstützen, da sie sehr antisowjetisch waren. Trotzdem ist es ein unangenehmer Gedanke, daß man in Moskau, Peking oder Hanoi Kampagnen und Demonstrationen in Schweden veranlassen konnte, die den eigenen Zwecken der Auftraggeber entsprachen. Eine derartige Steuerung schwedischer Innenpolitik seitens ausländischer Mächte ist nicht wünschenswert, und sollte beobachtet werden. Zumindest ein Teil dieser Kontakte müßte der Geheimpolizei bekannt sein, da Reisen in den Ostblock genau überwacht wurden. Da weder die Registerkommission noch der Bericht der Geheimdienstkommission dieses Problem behandelt, erscheint es aber nicht als sicher, ob sich die Überwacher darüber im klaren waren, was sie eigentlich zu überwachen hatten.

Auch behandelt keiner der Berichte die Frage, wie die Linke auf die Überwachung reagierte. Die IB-Affäre führte dazu, daß die maoistische Bewegung eine einigermaßen avancierte Sicherheitspolitik einführte – ob diese effektiv war, ist eine andere Frage. Der Schutz gegen die Überwachung zeitigte bei den Überwachten nicht wünschenswerte Effekte. Konspirationsdenken blühte, die interne Demokratie wurde geschwächt, der Handlungsspielraum für die radikalsten Sektierer wurde erweitert. Falls es Provokateure und Agenten in der Bewegung gab – wir kennen wenigstens einen Fall, es könnte aber mehrere gegeben haben – besteht Anlaß zu der Vermutung, daß diese prüfen wollten, wie weit die überwachte Bewegung, etwa durch Anwendung von Gewalt, zu gehen bereit war, indem sie genau diese Gewaltmethoden oder andere illegale Handlungen vorschlugen. Es kursieren zumindest Geschichten über verdächtige Personen, die auf diese Weise auftraten. Dieses Problem ist einige Überlegung wert: Waren die Überwachungen nicht in Wirklichkeit kontraproduktiv, trugen sie nicht dazu bei, das Verhalten herbeizuführen und zu verstärken, gegen das das Land geschützt werden sollte?

Die kommunistische Gedankenwelt ist nur schwer nachzuvollziehen. Die kommunistische Sprache ist voll von eigenen Begriffen und Metaphern, die eine ideologische Scheinwelt schaffen, wenn man sie etwa damit vergleicht, wie demokratische Parteien die Welt beschreiben, in der sie leben. Es handelt sich um eine Welt, die mit ihren eigenen Schurken und Helden bevölkert wird. Die Schurken sind diejenigen, die für den Kapitalismus verantwortlich sind, ob es sich dabei um Großkapitalisten, Führungskräfte oder sozialdemokratische Politiker handelt. Die Helden sind diejenigen, die kämpfen, die niemals aufgeben, die immer Widerstand leisten – und natürlich die mythenumspinnene Arbeiterklasse, die sich immer gerade zu erheben beginnt, aber nie auch nur auf die Knie kommt. Zu den Helden gehören auch die verklärten Vertreter der kommunistischen Parteien und die kämpfende Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern, auch wenn die Meinungen darüber, welche Staaten sozialistisch seien, sehr viel weiter auseinandergehen, als es außenstehenden Beobachtern klar zu sein scheint. Diese Glorifizierung ausländischer Führer ist für den Außenstehenden meist ebenso unbegreiflich wie unangenehm.

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

Kommunisten leben mit einer militaristischen Kampfrhetorik, ständig muß bald für das eine, bald für das andere gekämpft werden. Dies ist eine Art zu denken und sprechen, die dem an friedlichem Interessenausgleich, Zusammenarbeit und Konsens orientierten Schweden fremd ist. Der kommunistische Alltag ist eigentlich nichts Besonderes und unterscheidet sich nicht sonderlich von dem anderer politisch Aktiver. Man geht auf Treffen, schreibt Flugblätter, sammelt Geld oder Unterschriften und ist mit einer Reihe anderer normaler Vereinsaktivitäten beschäftigt, wie sie eigentlich gut in eine aktive demokratische Gesellschaft passen. (Wenn der Staatswissenschaftler Olof Peterson in der schwedischen Machtuntersuchung feststellt, die Bürger hätten ihre politische Aktivität seit den sechziger Jahren erhöht, so ist es wahrscheinlich, daß dies ein Erbe der Linken in den siebziger Jahren ist. Ironischerweise hat die Linke dann ihren Kampf für das sozialistische Paradies verloren, aber zur Stärkung der Demokratie in der Gesellschaft beigetragen, die sie durch eine Revolution umstürzen wollte.) Es ist schwer, diese ziemlich mühselige, alltägliche Arbeit zu rechtfertigen, wenn man sie nicht in ein revolutionäres Gewand hüllt, das eigentlich viele Nummern zu groß ist. Die Wirklichkeit war für die Linke nicht sehr erbaulich, die verschiedenen Parteien blieben recht klein, die Wähler glänzten durch Abwesenheit. Die siegreiche Arbeiterklasse blieb immer nur ein Traum. Einige große Demonstrationen zu Beginn der siebziger Jahre, einige wilde Streiks Mitte der siebziger Jahre – viel mehr war nicht an militantem Kampf. Die ausgebliebenen Erfolge, die Niederlage wurde mit einer militanten Rhetorik und einem revolutionärem Programm kaschiert, die eigentlich nicht viel mehr als die Wahlversprechen der demokratischen Parteien bedeuteten. Der gefährliche Revolutionär existierte nur in der eigenen Phantasie.

Nachdem die Arbeiterklasse die Revolutionäre im Stich gelassen hatte, konnten sich diese zumindest damit trösten, daß es jemanden gab, der an sie glaubte, daß jemand die harten Worte und die kampfbereite Rhetorik ernst nahm – die Sicherheitspolizei, IB und der Geheimdienst. Wenn Zweifel an der eigenen Gefährlichkeit aufkamen, konnte man sich immer damit trösten, daß man von der Polizei und vom Militär überwacht wurde, daß zumindest sie den stolzen Worten Glauben schenkten und die kleinste Bewegung und Aktivität, die man an den Tag legte, überwachten. Die Überwacher lebten ja ebenfalls in einer rhetorischen Scheinwelt, in einer Welt, in der Kommunisten gefährliche Revolutionäre, Landesverräter und Spione waren. Und die Kommunisten mußten gefährlich sein, denn sonst wäre ihre Überwachung ja sinnlos gewesen, die Überwacher hätten ihre wichtige Arbeit verloren und wären in ihren Bereich des friedlichen schwedischen Alltagstrotts expediert worden.

Zwei Scheinwelten trafen aufeinander, und dieses Zusammentreffen trug dazu bei, die Existenz von beiden zu begründen. Möglicherweise halb so schlimm? Das Problem besteht darin, daß so viele Menschen in die Schußlinie geraten zu sein scheinen – viele, die nie als Kommunisten aktiv waren, aber gegen die Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft protestieren wollten, ohne sich deshalb gegenüber kommunistischen Parteien oder ausländischen Mächten sonderlich loyal verhalten zu haben. Es sind diese Menschen, die jetzt besonders empfindlich auf ihre Überwachung reagieren und bestürzt und verletzt sind, wenn sie zu verstehen glauben, daß ihnen

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 99-116

Textanfang**Summary****Illegale Methoden?****Der IB-Skandal****Die Effektivität der Überwachu****zur Startseite**

die Arbeit, die sie gerne gehabt hätten, wegen einer absurden und wirklichkeitsfremden Überwachung vorenthalten wurde, die sie als Sicherheitsrisiko einstufte, ohne daß dafür irgendein sachlicher Grund vorgelegen hätte. Um dieser Menschen willen brauchen wir eine gründliche Untersuchung, die der langen Geschichte der Überwachung auf den Grund geht. Die Geheimdienst- und die Registerkommission haben eine derartige Untersuchung an manchen Punkten erleichtert, aber sie haben bei weitem nicht alle Antworten geliefert, häufig nicht einmal die relevanten Fragen gestellt. Die Notwendigkeit einer Wahrheitskommission bleibt bestehen.

Es sollte hier noch festgehalten werden, daß beide Untersuchungen an einem gemeinsamen Problem leiden, nämlich mangelnder Kompetenz hinsichtlich geschichtswissenschaftlicher Forschungsmethoden und Wissen über die Geschichte der Linken. Die Registerkommission stellt selbst fest, daß sie eigentlich nicht über die Kompetenz verfügt, ihre Untersuchung erfolgreich zu Ende zu führen. Politiker der demokratischen Parteien haben normalerweise so diffuse Kenntnisse über die Linke, daß sie Angaben der Überwacher sachlich nicht einschätzen können. Dasselbe gilt für Juristen und andere Staatsbeamte. Eine Wahrheitskommission muß deshalb völlig anders zusammengesetzt werden als die Geheimdienstkommission und die Registerkommission.

Aus dem Schwedischen übersetzt von Norbert Götz.